

DPolG weist offene Kritik der GdP entschieden zurück

Personalaufstockung ist der Schlüssel zur anhaltenden Entlastung der Polizist(inn)en in Thüringen

Die in jüngster Vergangenheit medial verbreitete Kritik der GdP an der Forderung der Deutschen Polizeigewerkschaft Thüringen e. V. zur Aufnahme zusätzlicher Stellen für die Polizei in Thüringen wird seitens der DPolG und im Interesse der Polizistinnen und Polizisten des Freistaates entschieden zurückgewiesen.

Hierzu erklärt der DPolG-Landesvorsitzende Jürgen Hoffmann: „In ihrer Kritik an unseren Positionen bestätigt die GdP, dass bis 2023 weniger Einstellungen erfolgen, als Abgänge zu verzeichnen sind. Gemäß den durch den Thüringer GdP-Vorsitzenden Kai Christ gemachten Einlassungen erfolgt bis dahin ein weiterer Stellenabbau bei der Polizei, welcher scheinbar seitens der GdP mitgetragen wird.“

„Als DPolG haben wir da eine offensichtlich andere Vorstellung von gewerkschaftlicher Arbeit. Wir stehen zu unseren Kolleginnen und Kollegen in der Thüringer Polizei und diese, zumindest eine sehr große

Mehrheit, fordern mehr Personal und stehen somit auch hinter den Forderungen des Innenministers, seines Staatssekretärs, der Polizeiabteilung, leitender Beamter in den Führungsebenen!“, fügt Hoffmann ergänzend hinzu.

Ohne die seitens der DPolG geforderten Stellen wird keine nachhaltige Verbesserung der Situation innerhalb der Thüringer Polizei eintreten. Weder beim anhaltend hohen Krankenstand, der inneren Motivation und der persönlichen Zufriedenheit im Berufsalltag. Daran wird auch eine Anhebung des Eingangsamtes in die Besoldungsgruppe A 8 nichts ändern!

■ DPolG fordert Abschaffung des mittleren Dienstes bei der Thüringer Polizei

Die DPolG ist nicht für die Anhebung des Eingangsamtes A 8, sondern für die Abschaffung des mittleren Dienstes bei der Thüringer Polizei.

Sollte dies nicht möglich sein, dann favorisieren wir eine Änderung der Besoldungstabelle für den mittleren Dienst. Denn für circa 40 Dienstjahre eine Beförderung ist bestimmt nicht förderlich, dies hat sich auch bei der Bundeswehr erwiesen, welche deshalb ihre Besoldung abgeändert hat.

Für den Fall der Beibehaltung des mittleren Dienstes schlägt die DPolG eine Aufteilung der Besoldungsgruppen A 7 bis zur A 9Z wie folgt vor:

- > A 7 und A 7+
- > A 8 und A 8+
- > A 9 und A 9+

Der Pakt für den Rechtsstaat fordert auch den Freistaat Thüringen auf, seinen Anteil zu erbringen. Auf Thüringen entfallen nach dem Königsteiner Schlüssel somit 199 zu schaffende Stellen für die Polizei. Der Thüringer Ministerpräsident hat den Pakt für den Rechtsstaat unterzeichnet und damit für den Freistaat erklärt, dass die Steigerung der Stellen auch in der Thüringer Polizei erfolgen wird. Der Pakt für den Rechtsstaat spricht bei der Schaffung der Stellen die Haushalte 2017 bis 2021 an. Die GdP hat festgestellt, dass in den Jahren 2017-2019 aber erstmalig 238 Stellen in der Thüringer Polizei gestrichen wurden. Addiert man diese 238 Stellen, welche ja auszugleichen wären, mit den 199, die auf Thüringen entfallen, ergeben sich mithin 437 Stellen, die das Thüringer Finanzministerium der Thüringer Polizei zur Verfügung stellen müsste. So Frau Taubert, Schluss mit dem Stellenabbau bei der Thüringer Polizei und her mit den Stellen aus den Folgen des Paktes für den Rechtsstaat.

Wenn Thüringen diesen Pakt nicht umsetzt, ist er nicht mal das Papier wert, auf dem er geschrieben wurde.

- > Von ihrer noch im März erhobenen und im Interesse der Kolleg(inn)en liegenden Forderung nach 437 neuen Stellen ist die GdP längst abgerückt! (Quelle: https://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/DE_GdP-Thueringen-Extremismus-Entwicklungen-fordern-die-Sicherheitsbehoerden?open&ccm=000)

Also fünf Beförderungsmöglichkeiten, welche zeitlich verankert werden müssen, um den Kolleg(inn)en eine verlässliche Perspektive zu bieten:

- > A 7+ nach drei Jahren
- > A 8 nach weiteren drei Jahren
- > A 8+ nach weiteren vier Jahren
- > A 9 nach weiteren fünf Jahren
- > A 9+ nach weiteren sechs Jahren

„Mehr Personal und eine verlässliche Anhebung der Bezüge sind Schlüssel zur Verbesserung der Motivation innerhalb der Thüringer Polizei!“ erklärt Hoffmann.

■ Forderungen zur Übernahmegarantie sind Nebelkerzen – wessen Interessen vertritt die GdP?

Die Forderung der GdP nach einer Übernahmegarantie für die Polizeianwärter(innen) hat schon groteske Züge! Keiner der in Thüringen verankerten Parteien hat sich diesbezüglich geäußert, alle stellen eine Übernahme in den Polizeidienst nicht infrage! Es ist auch

nicht zu erwarten, dass im Landeshaushalt Mittel zur Ausbildung zur Verfügung gestellt werden, welche nicht dazu führen, dass die Absolvent(inn)en nach ihrer Ausbildung nicht dem Freistaat zur Verfügung stehen.

Offensichtlich handelt es sich um ein reines Ablenkungsmanöver der GdP, damit eine Stellenhöhung im Haushalt 2020 nicht zustande kommt. Forderungen für 2023 können von dieser Landesregierung nicht mehr umgesetzt werden. Wie die kommende Landesregierung aussehen wird, lässt sich auch im Hinblick auf die aktuelle Wählerumfrage nicht prognostizieren. Die Forderung der GdP deckt sich jedoch wesentlich mit den Vorstellungen der Linkspartei und nicht mit den Erwartungen der Thüringer Polizistinnen und Polizisten. Hier drängt sich die Frage auf, was die GdP mit ihren Aussagen bewirken will, wessen Interessen die GdP vorrangig vertritt!

„Die DPolG spielt nicht mit den Sorgen unserer Kolleginnen

Impressum:

Landesverband und Redaktion:
Deutsche Polizeigewerkschaft Thüringen e. V. unter Vorsitz von Jürgen Hoffmann (V. i. S. d. P.)
Schwerborner Straße 33
99086 Erfurt
Tel.: 0361.2657097
Fax: 0361.2658959
E-Mail: presse@DPoIG-Thueringen.de
Twitter: @DPoIGThueringen
ISSN 09 45 – 05 13

Autoren sind in den Beiträgen bezeichnet und der Redaktion namentlich bekannt.

und Kollegen, sondern kämpft für deren Interessen! Aus diesem Grund wird die DPoIG weiterhin bei ihrer Forderung nach mehr Personal bestehen. Konkret bedeutet dies:

- > 199 Stellenmehrungen im Haushalt 2020,
- > 238 Stellenmehrungen im Haushalt 2021 mit Ankündi-

gung im Haushalt 2020!“ erklärt der Landesvorsitzende Hoffmann.

DPoIG fordert auch mehr Verwaltungsbeamte

„Als gewerkschaftliche Interessenvertretung der Thüringer Polizistinnen und Polizisten treten auch für mehr Verwal-

tungsbeamte in der Thüringer Polizei ein, denn für diese fordern wir auch mehr Stellen und nicht nur für Tarifbeschäftigte, wie von der GdP gefordert.“, erklärt der DPoIG-Landesvorsitzende. „Hier sehen wir auch einen Widerspruch in der seitens der GdP geäußerten Kritik an den Forderungen der DPoIG nach mehr Personal. Wie soll

die seitens der GdP geäußerte Forderung nach mehr Sachbearbeiter(inne)n ohne die Schaffung weiterer Stellen umgesetzt werden? Die vom GdP-Landeschef Christ geforderte Übernahmegarantie als Universallösung dürfte da eher kontraproduktiv sein“, fügt Hoffmann abschließend hinzu. ■

Leserbrief ...

... zum Artikel „Personalaufstockung ist der Schlüssel zur anhaltenden Entlastung der Polizist(inn)en in Thüringen“

Guten Tag Kollegen,

ich erlaube mir, zum obigen Artikel, welcher ebenfalls als Pressemitteilung der DPoIG herausgegeben wurde, eine Anmerkung zu schreiben.

Grundsätzlich bin ich froh, dass wir als DPoIG nicht gänzlich still und leise alles in der Thüringer Polizei hinnehmen, und ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass nicht alle unsere Forderungen auf vollumfängliche Gegenliebe stoßen!

Ich unterstütze daher nur grundsätzlich unsere Stellungnahme, muss an einer Stelle jedoch mein „Unbehagen“ vermelden:

Der Punkt ist „Zweigeteilte Laufbahn in der Thüringer Polizei“! Es ist ein Graus, wie mit den „Bestandsbeamten“ des mittleren Dienstes in Thüringen umgegangen wird, und es ist wohl auch ein Grund, warum so viele innerlich gekündigt und sich in den Krankenstand „gerettet“ haben. Die letzte positive Entwicklung für diese Bediensteten, das sind immerhin noch fast 70 Prozent der Polizisten, war 1993 (!), als man das Eingangsamtsamt (noch bundesweit anhub (in A7-Polizeimeister) – ergo vor 26 Jahren (!!!!).

Als man den 1. PAL absolvierte, da waren die Ausbilder (egal aus welchem Alt-Bundesland sie stammten) regelrecht neidisch auf Anwärter, weil die doch (nach deren Ansicht) nach „nur“ 13-monatiger Ausbildung den „Zugang zum gehobenen Dienst“ quasi sicher hätten. Nun nach fast 30 Jahren und weiteren Alt-Bundesländern mit zweigeteilter Laufbahn tut sich hier im Lande NICHTS. Selbst das so völlig „verarmte Berlin“ würdigt seine Polizisten damit, dass man den „Hauptmeister“ und die „Amtszulage“ abschaffte und aus diesen „Kommissare“ und „Oberkommissare“ machte!?

Nicht nur dass die überwiegende Mehrheit der Polizisten hier im Lande auf ein Gesetz ewig warten musste, um möglicherweise einen „Praxisaufstieg“ bis zur „A 11“ schaffen zu können – das war 2015 – doch damit nicht genug, es dauerte nochmals fast zwei weitere Jahre, bis dieses Gesetz eine „Durchführungsverordnung“ bekam (Ende 2017). So könnte man nach fast zwei weiteren Jahren meinen, es könnte „losgehen“ – aber NEIN (!) „Schweigen im Walde“ ...

Da sehe ich es persönlich als ziemlich unpassend an, der Thüringer Landesregierung

(egal ob aktueller oder zukünftiger) einen Vorschlag zu unterbreiten der an diesem Missstand nichts, aber wirklich gar nichts ändert – die Aufspaltung der Besoldungsstufen ...

Sollte das wirklich ernstgemeint sein? Jeder noch so zahlungsunwillige Landespolitiker wird diesen Vorschlag dankend aufnehmen, denn er „kostet nix“! Wir bekommen nur ein MEHR an leistungsstarken Anwärtern, wenn denen Perspektiven aufgezeigt werden, und zwar bitte schön REALE!

Ein Aufstieg vom mittleren Dienst in die nächsthöhere Laufbahn ist schon rein rechnerisch nur jedem zehnten Kollegen möglich und das ist sogar noch „schöngerechnet“ – bei circa 300 Einstellungen im Jahr und maximal 25 Studienplätzen für Aufsteiger sieht es hier doch eher „traurig“ aus. Dazu kommt die „uneingeschränkte Versetzungsbereitschaft“ und der „Nichtanspruch auf ein Amt des gehobenen Dienstes“ bei bestandener Laufbahnprüfung. Wem bitte sollte man empfehlen, vielleicht sogar einem Abiturienten, hier in Thüringen sich bei der Polizei zu bewerben? Ich kann nur hoffen, dass die Gewerkschaften alle gemeinsam endlich hier anset-



> Matthias Hänsch

© Privat

zen und positive Akzente bei den Landespolitikern einfordern. Ich will gar nicht mehr davon anfangen zu schreiben, wie lange es her ist, dass ein Gutachten existiert, nachdem alle Polizisten bereits seit Jahrzehnten der gehobenen Laufbahngruppe zugeordnet sein sollten! Übrigens, Thüringen hat auch kein Problem damit, langjährig bedienstete Kollegen als „Polizeiobermeister“ in den regulären Altersruhestand zu verabschieden – ein Trauerspiel!

Also meine Bitte an uns als DPoIG – fordert bitte endlich die Einführung der zweigeteilten Laufbahn, sodass dann endlich wenigstens „nur noch“ Oberkommissare in den Ruhestand gehen.

Matthias Hänsch, Mitarbeiter
KPS Altenburg

> Antwort des Landesvorsitzenden Jürgen Hoffmann

Hallo Kollege Hänsch,
vielen Dank für deine Ausführungen.

Wir als DPoIG wollen den mittleren Dienst bis zur A 11 haben. Unsere Splittung 7 bis 9Z würde zunächst einmal bedeuten, dass die zukünftige A 9 der A 10 und die zukünftige A 9+ der A 11 nach unserer finanziellen Unterlegung entsprechen würde. Diese Unter-

legung haben wir bewusst weggelassen. Wenn unser Vorschlag Unterstützung findet, kommt für den mittleren Dienst mehr als heute raus, bedeutend mehr!

Wir orientieren uns hier an der Bundeswehr, wo es bereits so umgesetzt wurde.

Beförderungen dürfen nicht nach Haushaltslage erfolgen!



> Jürgen Hoffmann

> Kurz notiert ...

Innenminister Maier unterstützt Personalforderung der DPoIG

Ausreichend Personal gehört neben einer anforderungsgerechten Ausrüstung und einer hohen Motivation der Kolleg(inn)en im Dienstalltag zu den Säulen einer modernen Polizei. Jedoch ist die ausreichende Personalausstattung ein Punkt im Freistaat, welcher unbedingt verbesserungswürdig ist. Dies wurde nicht nur in Thüringen, sondern auch bundesweit erkannt. Aus diesem Grund wurde auch durch Thüringen der „Pakt für den Rechtsstaat“ unterzeichnet. Da sich nach der Unterzeichnung sehr schnell abzeichnete, dass dieser im Freistaat wohl nicht 1:1 umgesetzt werden soll, wandte sich der Landesvorsitzende Jürgen Hoffmann mit einem Schreiben an den Ministerpräsidenten. Dieser beauftragte Innenminister Maier mit der Beantwortung unseres Schreibens. Mitte März lag uns dann die Antwort des Ministers vor.

In dieser teilte er unsere im besagten Schreiben erhobenen Forderungen und brachte zum Ausdruck, dass die seitens des TMiK eingebrachte Kabinettsvorlage „Umsetzung der Ergebnisse der Evaluierung der Polizeistrukturreform, Obergrenzen nach § 23 Thüringer Besoldungsgesetz und Personalbedarfsberechnung für die Thüringer Poli-

zei“ in weiten Teilen der seitens der DPoIG geführten Argumentation zum Personalbedarf und Stellenobergrenzen für die Thüringer Polizei entspricht.

Ausdrücklich teilt er unsere Forderung, dass „die im Rahmen der Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten am 31. Januar 2019 getroffenen Vereinbarungen im sogenannten „Pakt für den Rechtsstaat“ für den Bereich der Thüringer Polizei vollumfänglich umzusetzen (sind), da somit unter anderem eine deutliche Entspannung der Personalsituation der Thüringer Polizei erreicht werden könnte.“

Nun ist es nicht die Regel, dass Gewerkschaft und Dienstherr an einem Strang ziehen. Aber in diesem Fall besteht zumindest zwischen dem Innenministerium und der DPoIG Übereinstimmung darin, dass eine hinreichende Personalausstattung Voraussetzung für die Erfüllung der an die Polizei gestellten Erwartungen und Anforderungen ist. Geteilt wird diese Einstellung jedoch nicht von allen Koalitionspartnern und, man muss wohl sagen leider, nicht von allen Polizeigewerkschaften.

Eine Konstellation, welche es so wohl auch noch nicht gab. Aber wie auch immer Konstellationen aussehen, wenn es darum geht, notwendige Ver-

änderungen herbeizuführen, wichtig ist jedoch, dass gerade die Kolleg(inn)en, welche täglich auf der Straße ihren Dienst tun müssen, entlastet werden. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir Innenminister Maier nach besten Kräften bei der Umsetzung seiner Forderungen für mehr Personal unterstützen.

Treffen mit Dirk Adams im Thüringer Landtag

Die Diskussion um die Personalsituation bei der Thüringer Polizei beschäftigt alle Regierungsfaktionen im Landtag und sie wird bei weitem nicht einvernehmlich geführt. Hier stehen sich unterschiedliche Standpunkte diametral gegenüber. Dies war wohl auch der Grund, dass sich der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/ Die Grünen, Dirk Adams, in einem offenen Brief an die DPoIG und den bdk wandte. In seinem Schreiben unterstrich Adams, dass eine pauschale Erhöhung um 199 oder sogar 437 Stellen aus seiner Sicht nichts weiter als Populismus gewesen wäre.

In seinem Schreiben verwies er darauf, dass Polizist(inn)en nicht auf dem freien Arbeitsmarkt verfügbar sind. „Daher ergibt es keinen Sinn, lediglich mehr Stellen im Haushalt zu schaffen, wenn wir sie gar nicht besetzen können.“ Des Weiteren verwies er darauf, dass noch immer 180 Stellen unbesetzt seien und im nächs-

ten Jahr diese Zahl sogar noch weiter ansteigen werde.

Weiterhin führte er aus: „In dieser Situation zu verkünden, dass man ‚mehr Stellen schafft‘, würde nur zu Frust und Unverständnis in der Belegschaft und der Bevölkerung führen, wenn diese merken, dass sich durch die reine Erhöhung von Zahlen gar nichts ändert.“

Hier scheiden sich jedoch die Geister, denn die DPoIG sieht ausreichende Stellen als Voraussetzung, um Polizeianwärter in Meinigen einzustellen. Zumindest dann, wenn sie nach ihrer Ausbildung auch in den Dienst bei der Thüringer Polizei übernommen werden sollen. Ebenso wird die quantitative und qualitative Fluktuation immer wieder dazu führen, dass Stellen zeitweise unbesetzt sind. Wenn genügend Personal zur Verfügung stehen soll, dann sind solche offene Stellen aus DPoIG-Sicht unabdingbar.

Solche und weitere Unstimmigkeiten sollen auch aus der Sicht von Dirk Adams nicht als fortwährender Konflikt im Raum stehen. So lud er den Landesvorsitzenden zu einem gemeinsamen Gespräch ein, welches am 28. Mai stattfand. Da dieser Termin bereits jenseits unseres Redaktionsschlusses lag, war es uns nicht möglich, über dieses Gespräch zu berichten. Dies werden wir im kommenden POLIZEISPIEGEL nachholen.

Massiver Angriff auf unsere Kolleg(inn)en durch „Fans“ in Jena

DPoIG fordert bundesweites Stadionverbot für Ultras

Leider ist es ja nichts Neues, dass es bei Fußballspielen immer wieder zu massiven Ausschreitungen durch Ultras kommt. Einen traurigen Höhepunkt bildete das Spiel am 18. Mai in Jena. Da unser Landesvorsitzender hier im Dienst war, konnte er das Geschehen hautnah und persönlich miterleben.

Hierzu erklärt Hoffmann: „Ich war entsetzt über die Gewalt der Ultras gegenüber der Polizei! Nur eine gute Führungsarbeit, ein entsprechender Ausbildungsstand der Kolleginnen und Kollegen und nicht zuletzt die passende und hervorragende Ausstattung der Polizei mit Körperschutzmitteln und entsprechenden FEM hat uns an diesem Tag vor Schwerverletzten oder sogar getöteten Kolleginnen und Kollegen bewahrt. Das sind keine Fußballfans, sondern Verbrecher, die ohne Hemmungen Schwerverletzte oder getötete Polizisten in Kauf nehmen oder sogar wollen.“

Ausdrücklich dankt der DPoIG-Landesvorsitzende dem Poli-

zeiführer Lutz Schnelle, dem Leiter des Stabes, Thomas Wehling, sowie allen anderen beteiligten Einsatzkräften für ihr gutes und umsichtiges Vorgehen. Durch ihre konsequente Arbeit haben sie uns vor Schlimmerem bewahrt.

■ Gewalt gegen Polizisten war von vornherein das Ziel

Eine nicht kleine gewaltbereite Gruppe der Ultras war von Beginn bis zum Ende darauf aus, die Polizei anzugreifen und das mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln. Der überforderte Veranstalter mit seinem Ordnungsdienst leistete dafür auch noch Vorschub: Es wurde versäumt Eisenrohre, Holzbalken und anderes Material im unmittelbaren Einlassbereich zu sichern. So hatten die Ultras leichtes Spiel, sich zu bewaffnen und damit auf Polizisten loszugehen, einzuschlagen auf den Kopfbereich, den Oberkörper und ins Gesicht – einfach nur Schlimm! Hierzu erklärt Jürgen Hoffmann: „Ohne unsere sehr guten Körperschutzmit-

tel hätten dies mehrere Polizisten nicht überlebt, ein Schlag mit einer circa zwei Meter langen Eisenstange auf den Kopf und mit großer Wucht (beide Hände an der Stange und voll ausgeholt), dürfte kein Mensch aushalten: Das war versuchter Mord an unseren Kolleginnen und Kollegen!“

■ Nachspiel im Innenausschuss

Auf Anregung des Innenministers sollen die Ereignisse in Jena auch im Innenausschuss thematisiert werden. Hier ist bereits im Vorfeld deutlich, dass es in diesem Gremium kontroverse Diskussionen geben wird. Während sich der Innenminister hinter unsere Kolleg(inn)en stellt, ist zu vernehmen, dass dieses Gremium durch einige Abgeordnete der Regierungskoalition dazu genutzt werden soll, die Arbeit der Polizei wieder einmal zu diskreditieren und das Treiben der Randalierer zu verharmlosen.

Warum dies geschehen soll, ist nicht wirklich nachzuvollzie-

hen. Sind es Fans der Klubs, dann genügt es – so wie es nahezu zehntausend Besucher auch taten, das Spiel zu verfolgen, zu jubeln oder bei einem Tor der gegnerischen Mannschaft halt auch einmal den Kopf hängen zu lassen. Menschen, die aus Freude am spielerischen Wettkampf das Spiel besuchen, haben ebenso wie die anwesenden Polizist(inn)en ein **Anrecht auf körperliche Unversehrtheit!**

Wer dies nicht respektieren will, hat bei einem Fußballspiel auch nichts verloren. Und eine Bühne im Innenausschuss sollten solche Randalierer erst recht nicht bekommen.

„Wer brutal mit Eisenstangen auf Polizisten losgeht, ist Sache der Staatsanwaltschaft und der Strafgerichte und nicht des Innenausschusses!“, fordert Hoffmann. „Wir sind auch für Aufklärung, aber mit dem Ziel, dass solche Gewalttaten unterbunden werden!“, fügt der Landesvorsitzende abschließend hinzu.